



Kompensationsmaßnahme

Kasernen sollen Wohnquartiere werden

Von Christian Deppe, 16.11.11, 07:00h

Die rot-grüne Ratsmehrheit sieht in der Aufgabe von Bundeswehr-Standorten in Köln auch eine Chance: Nach Ansicht von SPD und Grünen bieten die dadurch frei werdenden Flächen großes Potenzial für eine nachhaltige Stadtentwicklung.



Ehemals Militärgelände: Das Areal der früheren belgischen Haelen-Kaserne in Junkersdorf ist heute ein Wohnviertel. (Bild: Gauger)

KÖLN – Die rot-grüne Ratsmehrheit sieht in der Aufgabe von Bundeswehr-Standorten in Köln auch eine Chance: Nach Ansicht von SPD und Grünen bieten die dadurch frei werdenden Flächen großes Potenzial für eine nachhaltige Stadtentwicklung. In einem gemeinsamen Ratsantrag fordern sie die Bundesregierung auf, der Stadt die Flächen zu überlassen. Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD) sieht darin eine Möglichkeit, den Verlust der Arbeitsplätze zu kompensieren und fordert weitere Kom-

pensationsmaßnahmen, etwa in Form der Finanzierung des lange geplanten Ausbaus des Bahnknotenpunkts.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hatte Ende Oktober bekannt gegeben, dass im Zuge der Bundeswehrreform in Köln rund 2200 der heute 7910 Stellen wegfallen sollen. Auf Grundlage dieses Konzeptes werden in der Rheinmetropole das Heeresamt und das Kreiswehrrersatzamt an der Brühler Landstraße und das Streitkräfteunterstützungskommando sowie das Luftwaffenausbildungskommando in Wahn aufgelöst, außerdem weitere Dienststellen und Einrichtungen verlagert beziehungsweise zusammengelegt. Roters hat in einem Schreiben an de Mazière jetzt erneut betont, dass der Arbeitsplatzabbau sozialverträglich erfolgen müsse und die Stadt die Schwächung nur dann bewältigen könne, wenn Infrastruktur erhalten beziehungsweise zukunftsfähig ausgebaut werde. Darüber will er in den nächsten Wochen mit dem Minister sprechen.

Im Detail ist noch nicht geklärt, welche Liegenschaften die Bundeswehr tatsächlich aufgibt. Sobald darüber Klarheit bestehe, müssten die Rahmenbedingungen geklärt werden, unter denen die Stadt die Flächen umnutzen kann, sagt Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank. Welche Impulse von der erfolgreichen Umwandlung ehemals militärisch genutzter Flächen für die Stadt- und Wohnraumentwicklung ausgehen könnten, belegten Beispiele wie das Areal der ehemaligen belgischen Haelen-Kaserne in Junkersdorf, auf dem ein neues Stadtquartier entstanden ist. Positive Entwicklungen dieser Art gebe es auch in Ossendorf, Dellbrück oder Poll - „an diese Erfolgsgeschichte wollen wir anknüpfen“, so Frank. Überlegungen der Bundesregierung, die militärischen Liegenschaften zu Höchstpreisen auf dem freien Markt zu veräußern und aus den Verkaufserlösen die Kürzungen in der Städtebauförderung aufzufangen, seien kontraproduktiv, warnt Frank. Dadurch würde der jetzt schon immense Verwertungsdruck, der auf den stark nachgefragten Flächen im wachsenden Köln liege, noch erhöht.

SPD und Grüne fordern die Bundesregierung daher in Kooperation mit den Gebietskörperschaften der rheinischen Region und der Landesregierung stattdessen dazu auf, der Stadt die frei werdenden Liegenschaften zu überlassen.